

Niederschrift BAU/042/2008

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 21.08.2008

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 16:30 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer SPD Ratsmitglied

Mitglieder:

Herr Matthias Auth CDU Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis SPD Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeyer CDU Ratsmitglied
Herr Johannes Havers CDU Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen CDU Ratsmitglied
Herr Peter Kölker SPD Sachkundiger Bürger
Herr Günter Löcken SPD Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering CDU Sachkundiger Bürger
Frau Theresia Overesch CDU Ratsmitglied
Herr Michael Reiske BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy CDU Ratsmitglied
Herr Johannes Willems FDP Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Claus Meier Sachkundiger Einwohner
Herr Manoharan Murali Sachkundiger Einwohner
Heinz Werning Sachkundiger Einwohner

Vertreter:

Herr Bernhard Strotmann CDU Vertreter für RM Kaisal
Herr Detlef Weßling SPD Vertreter für RM Oster-

mann

Gäste:

Herr Martin Forstmann

TBR

Verwaltung:

Herr Hans-Jürgen Gawollek

Controller

Frau Michaela Gellenbeck

Leiterin Stadtplanung

Herr Jürgen Grimberg

Produktverantwortlicher

Herr Jan Kuhlmann

Erster Beigeordneter

Herr Werner Schröer

Fachbereichsleiter FB 5

Frau Claudia Kurzinsky

Produktverantwortliche

Frau Martina Wietkamp

Schriftführerin

Es fehlten:

Herr Christian Kaisal

CDU

vertreten durch SB
Strotmann

Herr Dietmar Ostermann

SPD

vertreten durch SB
Weßling

Vor Beginn der Sitzung erfolgte vor Ort eine Vorstellung möglicher Materialien zur Gestaltung des „Teppichs“ am Humboldtplatz.

Herr Brauer eröffnet um 16:30 Uhr im Sitzungssaal Nr. 126 des Neuen Rathauses die heutige Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Seitens der Verwaltung wurde die Vorlage Nr. 321/08 (bisher Top 11) zurückgezogen. Die CDU-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt 9 (Vorlage Nr. 297/08) von der Tagesordnung abzusetzen, da hier noch Beratungsbedarf innerhalb der Fraktion bestehe.

Herr Brauer stellt den Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung der Tagesordnung zur Abstimmung, dieser wird einstimmig angenommen.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 41 über die öffentliche Sitzung am 05.06.2008**

Seitens des Ausschusses werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche zur Niederschrift vorgetragen, diese ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 05.06.2008 gefassten Beschlüsse

Herr Schröder erklärt, die Beschlüsse wurden bzw. werden noch ausgeführt.

3. Informationen

3.1. Preisverleihungen

3.1.1. Bundeswettbewerb "Denkmalschutz barrierefrei" - Falkenhof-museum

Herr Schröder informiert, die Stadt Rheine habe im Rahmen dieses Wettbewerbs einen Preis gewonnen und verliest einen Vermerk, der der Niederschrift beigelegt ist.

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
- I-5.2.1-ku -

Rheine, 20. August 2008

Information

für die Sitzung des Bauausschusses am 21. August 2008

-öffentliche Sitzung-

Bundeswettbewerb „Denkmalschutz barrierefrei“ Falkenhofmuseum

Im April 2008 hatte sich die Stadt Rheine an dem Bundeswettbewerb „Denkmalschutz barrierefrei“ mit dem Falkenhof als neues Stadtmuseum beteiligt. Auslober des Wettbewerbes ist der Bund Heimat und Umwelt in Deutschland, der unterstützt wurde von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz sowie der Sozial- und Kulturstiftung des Landschaftsverbandes Rheinland.

Es wurden Lösungen gesucht, die in historischen Gebäuden notwendige nutzer- und behindertengerechte Umbauten in Einklang bringen mit Bausubstanz schonenden Maßnahmen. Ebenso sollten diese Lösungen der Ästhetik gerecht werden.

Der Falkenhof gehört zu den 14 ausgezeichneten Arbeiten, die in einer Dokumentation veröffentlicht werden sollen.

aufgestellt:

Im Auftrag



Kurtzinsky

3.1.2. Verleihung des Schulbaupreises 2008 - Erweiterung Gymnasium Dionysianum

Herr Schröder informiert, die Stadt Rheine habe im Rahmen dieses Wettbewerbs einen Preis gewonnen und verliert einen Vermerk, der der Niederschrift beigelegt ist.

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
- I-5.2.1-ku -

Rheine, 20. August 2008

Information

für die Sitzung des Bauausschusses am 21. August 2008

-öffentliche Sitzung-

Verleihung des Schulbaupreises 2008 Erweiterung Gymnasium Dionysianum

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und die nordrhein-westfälische Architektenkammer haben am 18. August 2008 in Düsseldorf zum ersten Mal den „Schulbaupreis NRW“ vergeben. Unter den 140 eingereichten Schulgebäuden wählte eine Jury 20 Schulen als gleichrangige Preisträger aus. Zu den ausgezeichneten Schulen gehört das Gymnasium Dionysianum mit dem von Prof. Josef Paul Kleihues geplanten Erweiterungsbau.

Der Preis wurde Vertretern der Stadt Rheine, der Schule und des Architekturbüros überreicht vom Präsidenten der Architektenkammer Hartmut Miksch und von der NRW-Schulministerin Barbara Sommer, die betonte: „Schule ist nicht nur Lernort, sondern auch Lebensraum!“

aufgestellt:
Im Auftrag



Kurtzinsky

3.2. Einplanungsmittelungen

Herr Schröder informiert über bei der Stadt Rheine eingegangene Einplanungsmitteilungen der Bezirksregierung Münster. Die Schreiben sind in Kopie der Niederschrift beigefügt. Die Maßnahmen seien in das mittelfristige Programm des Landes bzw. des Bundes aufgenommen worden.

Vorgesehen sei, die Projekte in ihrer Priorität zu tauschen, da die Planungen zum Ausbau des Radweges an der Bergstraße bereits weiter fortgeschritten sind.

3.2.1. Ausbau Bergstraße von Friedrich-Ebert-Ring bis Lange Riege



Bezirksregierung Münster

Bezirksregierung Münster, 48128 Münster

Bürgermeisterin
der Stadt Rheine
Frau Dr. Angelika Kordfelder
48427 Rheine

Dienstgebäude
Domplatz 1-3
Auskunft erteilt:
Michael Storp
Telefon
(0251)411-2359
Telefax
(0251)411-82359

E-Mail
michael.storp@brms.nrw.de
Mein Zeichen (bitte stets angeben)
66-25-566076
Datum
23.06.2008

VV	BM	I	II	III
Stadt Rheine				
08. JULI 2008				
FB 5				

Einplanungsmitteilung

Förderrichtlinien Stadtverkehr (FöRi-Sta) - Kommunalen Straßenbau

Ausbau der Bergstraße von Friedrich Ebert Ring bis Lange Riese
OM: 2004 02 566

Sehr geehrte Damen und Herren,

das mittelfristige Programm nach Nr. 7.1 FöRi-Sta wurde über den Zeitraum 2009 - 2012 fortgeführt und angepasst.

Danach ist das o. a. **Vorhaben ab 2011 (Beginnjahr)** im mittelfristigen Programm

mit Gesamtausgaben	von	1.028.000,00 EUR
und zuwendungsfähigen Ausgaben	von	881.500,00 EUR

enthalten.

Die derzeit gültigen Fördersätze betragen:

70,0 % Zuweisungen nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)

Die für die Festsetzung der Zuwendung maßgebenden zuwendungsfähigen Ausgaben werden im Rahmen der zuwendungstechnischen Prüfung der Antragsunterlagen gem. Nr. 7.2 FöRiSta ermittelt.

Eine Förderung kann frühestens erfolgen, wenn ein Förderantrag gestellt ist, die Zuwendungsvoraussetzungen vorliegen und Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Ich bin von Rechts wegen dazu verpflichtet Ihnen mitzuteilen, dass diese Einplanungsmitteilung einen Rechtsanspruch auf Förderung weder dem Grunde noch der Höhe nach begründet. Über die Höhe der Fördersätze wird abschließend erst im Jahr vor der Aufnahme in das Jahresprogramm entschieden.

Wesentliche Änderungen des Vorhabens, insbesondere bezüglich Baubeginn, Bauzeiten, Kosten, Finanzierung und technischer Planung sind mir unverzüglich mitzuteilen.

Zuwendungen zu Projektförderungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die vor Erteilung des 1. Zuwendungsbescheides oder einer gemäß Nr. 1.3.1 VVG zu § 44 LHO zugelassenen Ausnahme von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO (vorzeitiger Maßnahmebeginn) oder Anerkennung als Vorsorgemaßnahme noch nicht begonnen worden sind. Maßgebend ist dabei der Zeitpunkt der Auftragserteilung.

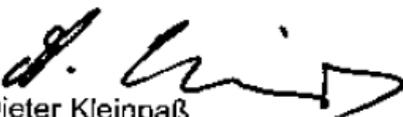
Ausgaben für das Freimachen des Baufeldes (z. B. Gebäudeabbrüche, Planieren) sind unter Hinweis auf Nr. 1.3.3 VVG zu § 44 LHO vom Datum dieser Einplanungsmitteilung an zuwendungsfähig.

Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben, die ein anderer zu tragen verpflichtet ist.

Bereits zu o.a. Vorhaben erteilte (Einplanungs-) Mitteilungen werden hiermit aufgehoben. Evtl. nach vorherigen (Einplanungs-) Mitteilungen entstandene Ausgaben für das Freimachen des Baugeländes bleiben jedoch vom Zeitpunkt der damaligen Mitteilung der Programmaufnahme zuwendungsfähig.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Dieter Kleinpaß

3.2.2. Ausbau Radweg Konrad-Adenauer-Ring von Lingener Damm bis Friedrich-Ebert-Ring



Bezirksregierung Münster

Bezirksregierung Münster, 48128 Münster

Bürgermeisterin
der Stadt Rheine
Frau Dr. Angelika Kordfelder
48427 Rheine

Dienstgebäude
Domplatz 1-3

Auskunft erteilt:

Michael Storp

Telefon

(0251)411-2359

Telefax

(0251)411-82359

E-Mail

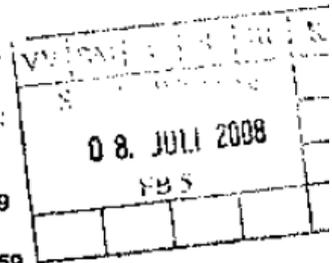
michael.storp@brms.nrw.de

Mein Zeichen (bitte stets angeben)

66-25-566076

Datum

19.06.2008



Einplanungsmitteilung

Förderrichtlinien Stadtverkehr (FöRi-Sta) - Kommunalen Straßenbau

Radweg Konrad-Adenauer-Ring (L 593) von Lingener Damm bis Friedrich-Ebert-Ring

OM: 2007 07 566

Sehr geehrte Damen und Herren,

das mittelfristige Programm nach Nr. 7.1 FöRi-Sta wurde über den Zeitraum 2009 - 2012 fortgeführt und angepasst.

Danach ist das o. a. **Vorhaben ab 2010 (Beginnjahr)** im mittelfristigen Programm

mit Gesamtausgaben	von	919.700,00 EUR
und zuwendungsfähigen Ausgaben	von	862.000,00 EUR

enthalten.

Die derzeit gültigen Fördersätze betragen:

70,0 % Zuweisungen nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)

Die für die Festsetzung der Zuwendung maßgebenden zuwendungsfähigen Ausgaben werden im Rahmen der zuwendungstechnischen Prüfung der Antragsunterlagen gem. Nr. 7.2 FöRiSta ermittelt.

Eine Förderung kann frühestens erfolgen, wenn ein Förderantrag gestellt ist, die Zuwendungsvoraussetzungen vorliegen und Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Ich bin von Rechts wegen dazu verpflichtet Ihnen mitzutellen, dass diese Einplanungsmittelung einen Rechtsanspruch auf Förderung weder dem Grunde noch der Höhe nach begründet. Über die Höhe der Fördersätze wird abschließend erst im Jahr vor der Aufnahme in das Jahresprogramm entschieden.

Wesentliche Änderungen des Vorhabens, insbesondere bezüglich Baubeginn, Bauzeiten, Kosten, Finanzierung und technischer Planung sind mir unverzüglich mitzuteilen.

Zuwendungen zu Projektförderungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die vor Erteilung des 1. Zuwendungsbescheides oder einer gemäß Nr. 1.3.1 VVG zu § 44 LHO zugelassenen Ausnahme von Nr. 1.3 VVG zu § 44 LHO (vorzeitiger Maßnahmebeginn) oder Anerkennung als Vorsorgemaßnahme noch nicht begonnen worden sind. Maßgebend ist dabei der Zeitpunkt der Auftragserteilung.

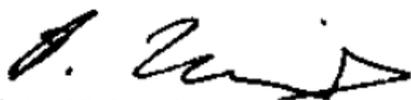
Ausgaben für das Freimachen des Baufeldes (z. B. Gebäudeabbrüche, Planieren) sind unter Hinweis auf Nr. 1.3.3 VVG zu § 44 LHO vom Datum dieser Einplanungsmittelung an zuwendungsfähig.

Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben, die ein anderer zu tragen verpflichtet ist.

Bereits zu o.a. Vorhaben erteilte (Einplanungs-) Mitteilungen werden hiermit aufgehoben. Evtl. nach vorherigen (Einplanungs-) Mitteilungen entstandene Ausgaben für das Freimachen des Baugeländes bleiben jedoch vom Zeitpunkt der damaligen Mitteilung der Programmaufnahme zuwendungsfähig.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dieter Kleinpaß

3.3. Radweg entlang der K68 (Haarstraße) in Richtung Spelle

Herr Schröer verliest ein Schreiben der Samtgemeinde Spelle, welches der Niederschrift beigelegt ist. Seitens der Gemeinde Spelle sei der Auftrag vergeben worden, diesen Radweg auf dem Gebiet der Gemeinde Spelle fortzuführen.

Samtgemeinde
Spelle
 Landkreis Emsland
 Der Samtgemeindebürgermeister



Hausadresse:
 48480 Spelle
 Hauptstr. 43
 Telefon: 05977/937-0
 Telefax: 05977/937-481
 http://www.Spelle.de
 Samtgemeinde@Spelle.de

SAMTGEEMEINDE SPELLE - POSTFACH 11 64 - 48478 SPELLE

Stadt Rheine
 Beigeordneter Herr Jan Kuhlmann
 Klosterstr. 14
 48431 Rheine



Fachbereich: Bauen/Planung und Umwelt
 Auskunft: Herr Lohaus
 Zimmer: 47
 Durchwahl: 05977/937-470
 Faxdurchwahl: 05977/937-6470
 E-Mail: Lohaus@Spelle.de
 Aktenzeichen: 66.13.12/01-12
 Datum: 30.06.2008

Radweg Haarstraße/Franz-Bernhard-Straße

Schröder!
 Sehr geehrter Herr Kuhlmann,

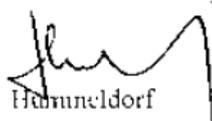


bezugnehmend auf die mit Ihnen geführten Gespräche bzgl. der Erweiterung des Radweges an der Haarstraße teile ich mit, dass der Radweg auf dem Speller Gemeindegebiet ebenfalls ausgebaut wird.

Die Arbeitsgemeinschaft Firma Otto/Firma Siering hat den Folgeauftrag für den Radweg an der Franz-Bernhard-Straße von der Samtgemeinde Spelle erhalten.

An dieser Stelle möchte ich mich für Ihre Unterstützung recht herzlich bedanken.

Mit freundlichen Grüßen


 Hämmele

4. Eingaben

4.1. Antrag des Stadtteilbeirats Schotthock auf Beleuchtung der Radwegeverbindung über die Delsenbrücke

Herr Schröder verliest den Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock, eine Planung für die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke zu erstellen. Auch dieser Antrag ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Schröder kündigt an, dieses Thema nach Ermittlung der Kosten im Bauausschuss aufzugreifen.

Herr Brauer regt an, bei der Kostenermittlung seitens der Verwaltung die Möglichkeit des Einsatzes von Solarlampen zu prüfen und ggf. zu berücksichtigen.

Stadtteilbeirat Rheine

Leben an der Ems

Schotthock

An die
Bürgermeisterin der Stadt Rheine
Frau Dr. Angelika Kordfelder
Klosterstraße 14

48431 Rheine

22. Juli 2008

Beleuchtung der Radwegeverbindung über die Delsenbrücke

Antrag

Der Stadtteilbeirat Schotthock beantragt, die Stadtverwaltung möge eine Planung einschließlich einer Kostenermittlung für die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke zwischen Bentlager Weg und Krafeldweg erstellen.

Begründung

Seit Jahren fordern viele Bürger eine Beleuchtung des o.g. Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke.

Der Stadtteilbeirat Schotthock hat in seiner Sitzung am 13. März 2008 dem 1. Beigeordneten Herrn Kuhlmann erneut die Beleuchtung zur Überprüfung vorgeschlagen.

Mit Schreiben vom 26. März 2008 teilt die Stadtverwaltung dem Stadtteilbeirat mit, dass eine Verkehrssicherungspflicht für diesen Radweg im Außenbereich entsprechend BGB, Fernstraßengesetz und Landesstraßengesetz nicht besteht. Der Brief enthält nur lauter Paragraphen aber keinen Lösungsvorschlag. Mit dieser Antwort ist der Stadtteilbeirat Schotthock nicht einverstanden.

Er hat in seiner Sitzung am 5. Juni 2008 einstimmig den o.g. Antrag beschlossen. Wir bitten, die Planung und Kostenermittlung rechtzeitig zu erstellen, damit wir bis zu den Beratungen zum Haushalt 2009 mit den Ratsmitgliedern aller Ratfraktionen Gespräche führen können.

Sicherlich besteht für die Stadt Rheine keine rechtliche Verpflichtung für eine Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke. Diese Verpflichtung besteht sicherlich auch nicht für die Straßenbeleuchtung von der Saline bis zum Kloster Bentlage und für den Fuß- und Radweg über die Soldatenbrücke.

Die Streckenlänge beträgt 550 m.

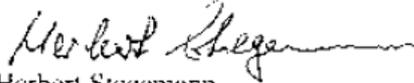
Wir fordern keine Straßenbeleuchtung nach DIN-Normen. Nach unserer Auffassung kann die Anzahl der Straßenleuchten auf 8 Leuchten reduziert werden. Auf jeder Fmsseite 3 Leuchten und 2 Leuchten an jeder Brückenseite.

Der Radweg über die Delsenbrücke ist die wichtigste Radwegeverbindung über die Eins zu den Gewerbe- und Industriegebieten in Rheine Nord mit mehreren tausend Arbeitsplätzen. Für Schichtarbeiter/Innen kann diese wichtige Verbindung in den Morgen- und Abendstunden zur Zeit nicht gefahrlos befahren werden.

Besucher des Klosters Bentlage aus den rechtsemsischen Stadtteilen Altenrheine, Escheudorf und Schotthock kann eine Benutzung der Delsenbrücke bei Dunkelheit ebenfalls nicht zugemutet werden.

Der Stadtteilbeirat Schotthock wird die Beleuchtung des Fuß- und Radweges über die Delsenbrücke als eine wichtige Forderung in die bevorstehende Kommunalwahl 2009 einbringen.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Stegemann
Stadtteilbeiratsvorsitzender

5. Umgestaltung des Humboldtplatzes Vorlage: 165/08

IA0730

Herr Schröder führt kurz in die Vorlage ein. Er erläutert, die Stadt Rheine habe bekanntlich mit dem Investor der Stadthallengaragenüberbauung eine notarielle Vereinbarung, in der Regelungen zur Umgestaltung des Humboldtplatzes und zur Kostenbeteiligung getroffen wurden. Da die Arbeiten zur Errichtung der Altenwohnanlage noch nicht abgeschlossen sind, wurde mit dem Investor eine Einigung erzielt, mit der Umgestaltung des Humboldtplatzes erst im Jahre 2009 zu beginnen. Eventuell sei es sinnvoll, den Baubeginn noch weiter zu verschieben, was aber in der heutigen Sitzung nicht zur Diskussion stehe, sondern vielmehr solle heute die Ausführungsplanung durch Herrn Prof. Dr. Stahl vorgestellt werden.

Herr Brauer begrüßt Herrn Prof. Dr. Stahl.

Herr Prof. Dr. Stahl bedankt sich für die Einladung zur heutigen Sitzung. Er verweist auf die vor der Sitzung gezeigten Materialmuster und erläutert anhand einer Beamerpräsentation den bisherigen Stand der Ausführungsplanung. Im Anschluss an seine Ausführungen geht er auf die Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Herr Kohnen bittet um Informationen, wie die Kostenteilung genau vereinbart wurde und wie hoch die zu erwartenden Unterhaltungskosten sein werden. Er regt weiter an, die Tafeln so anzubringen, dass sie von 2 Seiten lesbar sind und auf einen möglichst diebstahlsicheren Einbau zu achten. Herr Kohnen rät davon ab, zur Beleuchtung den auf der Nepomuk-Brücke verwendeten Lampentyp zu verwenden, weil diese Lampen häufig mit Aufklebern und Beschriftungen verun-

staltet würden. Möglichst solle ein Lampentyp gewählt werden, der mit Energiesparleuchtmitteln bestückt werden könne. Wichtig sei es, die Neugestaltung in nachhaltiger und unterhaltbarer Form zu realisieren.

Herr Löcken schließt sich dem an und lobt besonders die Ausführungen zum in Zukunft noch zu errichtenden Paseo und zur Entwicklung der Fläche zwischen dem Gebäude der Firma C & A und der Anwaltskanzlei Dr. Laumann. Er hoffe auf eine baldige Umsetzung dieser Planungen.

Herr Willems fragt nach der Höhe der zu erwartenden Mehrkosten durch die Anbringung der weißen Markierungen und wie die errechneten in der Vorlage mit 38.000 Euro pro Jahr angegebenen Folgekosten zustande kommen. Des Weiteren fragt er, ob die Platten sofort oder erst später in den „Teppich“ eingebaut werden sollen.

Herr Schröder führt aus, es bestehe eine Vereinbarung seitens der Stadt Rheine mit dem Investor über eine Aufteilung der Kosten für die Platzgestaltung, wonach sich der Investor an 50% der Kosten bis zu einer festgelegten Höchstgrenze. Im Gegenzug sei die Stadt Rheine an den Baukosten für die Treppe vor der Altenwohnanlage beteiligt. Er erklärt weiter, dass es sich bei den auf der ersten Seite der Vorlage aufgeführten jährlichen Kosten nicht um die Markierungskosten für den Platz sondern vielmehr um die berechneten Abschreibungskosten, ähnlich wie sie beim Ausbau einer Straße berechnet würden, handele.

Zur Beleuchtung des Platzes schlägt er vor, eine Leuchte zu verwenden, die bereits im Bestand der Technischen Betriebe geführt werde, wie zum Beispiel die bereits mehrfach im Innenstadtgebiet aufgestellte Leuchte „Novara S“. Diese Leuchte habe sich bewährt, bei Beschädigung sei ein schneller Austausch durch die Technischen Betriebe gewährleistet.

Herr Prof. Stahl fügt an, dass er sich eine Ausstattung des Platzes mit der von Herrn Schröder beschriebenen Leuchte gut vorstellen könne.

Zur Beschriftung der Platten erklärt er, dass die dauerhaft gute Lesbarkeit der Schrift durch das Herstellungsverfahren mittels Durchfräsung der Platte mit einem Wasserstrahl und anschließendem Auffüllen der Fuge mit Kunststoffmasse gewährleistet sei. Die einzelnen Platten würden im Fundament fest verklebt. Diese Einbauweise sei relativ diebstahlsicher.

Um den Kontrast der aufgezeichneten Linien möglichst lange zu erhalten schlägt er vor, weiße Linien auf Asphalthintergrund zu wählen. Sicherlich werde der Kontrast im Laufe der Zeit vermindert, er bleibe aber lange sichtbar.

Herr Kohnen fragt, wie hoch die Kosten für das aufgezeichnete Band zu veranschlagen seien. Er halte es für fraglich, ob Sponsoren für die einzubauenden beschrifteten Platten zu finden seien.

Herr Schröder antwortet, die Kosten würden sich auf schätzungsweise 20.000 Euro belaufen, dieser Betrag sei in Relation zum Gesamtbetrag eher niedrig. Die genaue Zahl sei aber noch nicht bekannt, er gehe davon aus, in der nächsten Sitzung des Bauausschusses hierzu Informationen geben zu können.

Die Platten bis zum Jahr 2008 sollen direkt eingebaut werden, die ab dem Jahr 2009 dann hinzuzufügenden Platten sollen durch Sponsoren ergänzt werden.

Herr Prof. Stahl ergänzt, eine Pflasterung der Fläche sei kostenaufwändiger, auf diese Weise könne die Fläche relativ preiswert veredelt werden.

Herr Hagemeier betont die Wichtigkeit, Lampen zu wählen, die den Platz gut ausleuchten, die Fußgängerströme leiten und dabei möglichst auf bewährte Typen zurückzugreifen.

Er schlägt vor, für den 2. Bauabschnitt in Erwägung zu ziehen, die Zuwegung zum Timmermanufer an den „Teppich“ anzuschließen. Ggf. solle überlegt werden, das vorhandene Hochbeet bereits jetzt zu durchteilen, um die Zufahrt zum Timmermanufer besser sichtbar zu machen.

Auf Nachfrage von Herrn Hagemeier erklärt Herr Schröder, dass noch geprüft werde, welche Verkehrszeichen Verwendung finden sollen.

Herr Prof. Stahl erklärt, dass er die von Herrn Hagemeier gemachten Anmerkungen in die weitere Planung aufnehmen werde. Er verweist auf die Notwendigkeit einer eindeutigen Beschilderung der Zufahrt zum Timmermanufer.

Herr Schröder ergänzt, der Einbau von Bodenleuchten sei schon deshalb nicht sinnvoll, weil diese sehr anfällig für Reparaturarbeiten seien.

Herr Brauer erklärt, der in der Vorlage vermerkte Beschlussvorschlag stimme mit dem derzeitigen Diskussionsstand nicht überein und müsse deshalb neu formuliert werden.

Herr Schröder erläutert, dass für die weitere Verkehrsplanung eine Zustimmung des Ausschusses zum Rahmenkonzept benötigt werde.

Herr Brauer schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die künstlerische Gestaltung des Asphaltteppichs nicht in schwarz-rot, sondern vielmehr in schwarz-weiß vorgenommen werden solle. Über die zu verwendenden Leuchten bestehe Konsens dahingehend, dass ein Leuchtentyp aufgestellt werden solle, der bereits im Stadtgebiet verwendet wurde und der sich bisher bewährt habe.

Seitens der Verwaltung wird eine Überarbeitung der Formulierungen im Beschluss zugesagt.

Beschluss:

Zu I: Festlegung der Herstellungsmerkmale

Der Bauausschuss beschließt nachfolgende Herstellungsmerkmale für die Umgestaltung des Humboldtplatzes.

1.) Humboldtplatz

Es ist ein Ausbau im Mischprinzip vorgesehen.

a) Platzfläche

→ Herstellung einer gepflasterten Platzfläche in rotem Klinkerpflaster mit Unterbau, Bauklasse III RStO, in unterschiedlicher Breite

b) Asphaltteppich

- Erstellung eines Asphaltbandes in einer Breite von 10,20 m mit Unterbau (Bauklasse III)
- Eine künstlerische Gestaltung erfolgt im Rahmen der Detailplanung

c) Straßenbeleuchtung

- Aufstellen von Leuchten „Novara S“ der Fa. Hess

d) Entwässerung

- Herstellung von Entwässerungseinrichtungen als Linienentwässerung zur Aufnahme des Niederschlagswassers
- Anschluss an die vorhandene Kanalisation

2.) Zuwegung Lingener Straße bis zur Zufahrtrampe Seniorenzentrum/Eingang Ems EEC

Es ist ein Ausbau im Mischprinzip vorgesehen.

a) Fahr- und Gehwegfläche

- Herstellung niveaugleicher gepflasterter Flächen in rotem Klinkerpflaster mit Unterbau, Bauklasse III RStO, in unterschiedlichen Breiten

b) Entwässerung

- Herstellung einer 3-reihigen Entwässerungsrinne aus Klinkerpflaster
- Einbau von Straßenabläufen mit Anschluss an die vorhandene Kanalisation
-

c) Straßenbeleuchtung

- Die in diesem Bereich aufgestellten Leuchten bleiben bestehen

Zu II: Festlegung der Herstellungsmerkmale

Durch die geplante Überbauung der Tiefgarage Stadthalle/Humboldtplatz ergeben sich die Möglichkeit und die bauliche Notwendigkeit, diesen Platz mit den angrenzenden Gebäuden neu zu gestalten.

Die Umgestaltung des Humboldtplatzes ist Investitionsprogramm 2009 vorgesehen.

Die Planung sieht für den Humboldtplatz und die Zuwegung Lingener Straße bis Seniorenzentrum/Eingang EEC einen Ausbau im Mischprinzip in rotem Klinkerpflaster vor.

Zusätzlich wird in dem Bereich des Humboldtplatzes ein Asphaltband in der Klinkerpflasterung als zentrales und verbindendes Platzelement zwischen Bülstiege und Stadtloggia (promenadenartig angelegter steinerner Teppich) angelegt. Aufgrund der komplexen funktionalen, technischen und gestalterischen Anforderungen wird das Band in Asphalt ausgeführt. Um den Eindruck eines normalen Straßenbelages zu vermeiden und zur besonderen Kennzeichnung des neu geschaffenen Freiraums wird die Ausführung eines so genannten „Zeitstrahls“ vorgeschlagen.

Herr Kohnen verweist auf den seitens der CDU-Fraktion gestellten Antrag zur Errichtung dieses Radweges. Die Planung sei erstellt worden, obwohl noch nicht alle Grunderwerbsverträge geschlossen werden konnten. Er schlägt vor, Überlegungen anzustellen, ob eine Verlegung des Radweges auf die gegenüberliegende Straßenseite möglich wäre.

Herr Schröder sagt dieses zu, verweist aber auf die Tatsache, dass vor dem Bau des Radweges der Abschluss der notwendigen Grunderwerbsverträge sowie die Finanzierung stehe.

Herr Kohnen schlägt vor, den letzten Satz im zu fassenden Beschluss wie folgt zu ändern:

„... zeitnah zu führen, um eine Realisierung noch im Jahr 2009 zu ermöglichen.“

Herr Löcken macht deutlich, die Zuwegung zum Acker des südlich des Plangebietes angesiedelten Landwirtes müsse auf jeden Fall erhalten bleiben.

Er schlägt weiter vor, die Strecke vom Ortsausgang bis zur L 593 aus Gründen der Verkehrssicherheit mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h zu belegen. Zudem weist er darauf hin, dass an der Paschenaustraße die Durchfahrtsverbotsschilder für LKW ungünstig angebracht seien und deshalb von ortsunkundigen Fahrern oft erst spät bemerkt würden.

Herr Fehr erklärt, für die Geschwindigkeitsbegrenzung sei die Straßenverkehrsbehörde zuständig, er verspricht, das Thema dort zur weiteren Prüfung zur Sprache zu bringen. Bezüglich der Standorte der Durchfahrtsverbotsschilder erläutert er, dass eine Aufstellung wesentlich näher zur Kreuzung hin aufgrund der freizuhaltenen Radien wohl nicht möglich sei.

Auf Nachfrage durch Herrn Brauer erläutert er, bei der vorgelegten Planung handele es sich um einen Vorentwurf, selbstverständlich werde darauf geachtet, dass alle vorhandenen Zuwegungen auch weiterhin nutzbar bleiben.

Herr Kohnen verweist auf seine bereits in Vergangenheit gemachte Eingabe zur Verkehrsführung auf der L 593, die eine andere Führung des LKW-Verkehrs vorsehe.

Herr Schröder erläutert, die Umsetzung dieser Eingabe sei noch nicht erfolgt. Über die Geschwindigkeitsbegrenzung habe die Stadt Rheine als Untere Verkehrsbehörde im Benehmen mit dem Baulastträger selbst zu entscheiden, der Vorschlag werde geprüft.

Herr Brauer schlägt vor, neben der von Herrn Kohnen vorgeschlagenen Ergänzung des Beschlusses die Prüfung der Möglichkeit einer Verschwenkung des Radweges auf die andere Straßenseite in den Beschluss einzufügen.

Die Ausschussmitglieder widersprechen der vorgeschlagenen Verfahrensweise nicht. Die Abstimmung erfolgt unter **Berücksichtigung der Änderungsvorschläge**.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die vorgestellte Planung zum Umbau der K 68 und Neubau eines kombinierten Fuß- und Radweges an der K 68, Paschenastraße zwischen der OD-Grenze und der L 593, Hopstener Damm zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieser Planung in Zusammenarbeit mit dem Kreis Steinfurt die erforderlichen Grunderwerbsgespräche zu zeitnah zu führen, um eine Realisierung noch im Jahr 2009 zu ermöglichen. Weiter soll verwaltungsseitig geprüft werden, ob ggf. eine Verschenkung des Radweges auf die andere Straßenseite möglich ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Feuerwehr Mesum
Vorstellung der Entwurfsplanung
Vorlage: 322/08**

Herr Brauer begrüßt Frau Mattedi vom Büro KPlan, die einige Ausführungen zur Entwurfsplanung des neuen Feuerwehrgerätehauses in Mesum macht.

Herr Kohnen lobt den vorgestellten Entwurf und regt an, möglichst bald mit dem Bau zu beginnen. Er schlägt vor, die Umsetzung mit einer Kostendeckelung von 2 Mio. € zu belegen.

Herr Reiske erklärt, die vorgestellte Planung sei aus seiner Sicht gut, allerdings halte er den vorgesehenen Einbau einer Fußbodenheizung aus wirtschaftlicher Sicht für widersprüchlich. Er schlägt vor, auf jeden Fall auch eine Wärmepumpenheizung einzubauen, diese Investition sei auf lange Sicht gesehen preiswerter.

Herr Brauer erläutert, der Schulungsraum werde vergleichsweise häufig, auch vom Musikzug als Probenraum, genutzt, so dass sich eine Fußbodenheizung hier wohl rechne.

Herr Kohnen schlägt vor, ein möglichst einfach zu bedienendes Regelungssystem für die Heizungsanlage zu verwenden.

Herr Schröder macht einige Ausführungen zum weiteren Verfahren. Der Verwaltung sei es wichtig, die vorgegebene Zeitschiene einzuhalten. Die von Herrn Kohnen vorgeschlagene Kostendeckelung halte er für problematisch. Frau Mattedi und ihr Büro verfüge über große Erfahrung bei der Planung solcher Vorhaben, die Kalkulation sei sicherlich seriös und eine Deckelung der Kosten würde Probleme bei der Umsetzung verursachen.

Herr Hagemeier fragt nach der Genehmigungsfähigkeit der vorgestellten Planung aus baurechtlicher Sicht.

Frau Mattedi erläutert, die Planung sei mit der Bauordnungsbehörde abgestimmt worden und so genehmigungsfähig.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die vorgelegte Entwurfsplanung zur Erstellung der Feuerwehr in Rheine-Mesum zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Hochwasserschutzanlage am Timmermanufer
Vorlage: 297/08**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**10. Sanierung Rathausfassade
Vorlage: 323/08**

IIA2730

Herr Schröder gibt einige Erläuterungen zur Vorlage.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die Ausführung der Fassadensanierung des Neuen Rathauses in den Jahren 2009 und 2010 in Höhe von 2.135.000 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Sanierung der Rathausfassade
hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
Vorlage: 321/08**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**12. Beschluss über die Straßenplanungen für Rheine R und den IV. Quadrant
Vorlage: 328/08**

IIA2860

Herr Kohlen merkt an, seine Fraktion bedauere, dass die geplanten Einmündungen keinen richtigen Kreuzungsbereich ausbilden würden. Dieses sei wohl nicht mehr zu ändern, da der Stadtentwicklungsausschuss, soweit er informiert sei, die Änderungen im Bebauungsplan bereits beschlossen habe.

Weiter sei auffällig, dass die Anzahl der anzupflanzenden Bäume relativ groß sei. Im Hinblick auf die anfallenden Grünunterhaltungskosten bitte er die Verwaltung zu prüfen, ob nicht auch mit einer geringeren Anzahl von Bäumen ein gutes Erscheinungsbild zu erreichen sei.

Herr Löcken erläutert, die Planung für den Quadrant IV sehe im Gegensatz zur übrigen Planung für den Bereich Rheine-R keinen Radweg vor. Gerade in diesem innenstadtnahen Bereich halte er aber einen Radweg für notwendig. Er bittet die Verwaltung, die Planung diesbezüglich nochmals zu überdenken.

Herr Schröder erklärt, in intensiven Diskussionen sei eine Verlegung der Einmündungen abgewogen worden. Letztendlich sei das städtebauliche Konzept entscheidend gewesen. Eine Platzierung der Einmündungen in einen „richtigen“ Kreuzungsbereich hätte eine nicht gewollte Verschiebung der Baublöcke zur Folge gehabt.

Bezüglich der Radwegeplanung führt er aus, der Bereich im Quadrant IV werde nicht so stark befahren, als dass dort ein Radweg unbedingt notwendig sei. Im Übrigen werde angestrebt, die verwendete Verkehrsfläche so weit wie möglich zu minimieren. Im Bereich Rheine-R dagegen sei aufgrund des zu erwartenden hohen Verkehrsaufkommens durch LKW eine sichere Führung der Radfahrer notwendig.

Herr Löcken verweist auf die Planung im südlichen Gebiet von Rheine-R, wo ein Radweg zusätzlich zu einem beidseitig geführten Fußweg vorgesehen sei. Er schlägt vor, den Fußweg nach Möglichkeit nur einseitig zu führen und hier ggf. einen kombinierten Fuß- und Radweg für den zu erwartenden reinen Zielverkehr zu erstellen.

Herr Kohnen führt aus, am Beispiel der von Unkraut überwucherten Fuß- und Radwege im Bereich des GVZ sei zu sehen, dass diese nicht entsprechend genutzt würden.

Herr Schröder erläutert, der geplante Radweg münde in einen überregionalen Radweg. Der Regelquerschnitt sei aus seiner Sicht angemessen. Er schlägt vor, die endgültige Entscheidung im Stadtentwicklungsausschuss zu treffen.

Herr Brauer fasst zusammen, dass die **Beschlussfassung unter der Voraussetzung erfolgt, dass die Anzahl der zu pflanzenden Bäume verwaltungsseitig nochmals überprüft wird. Die Details zur Rad- und Fußwegeplanung sollen im Stadtentwicklungsausschuss im Rahmen der Bauleitplanung beschlossen werden.**

Beschluss:

Der Bauausschuss stimmt den Herstellungsmerkmalen für den Bau der Erschließungsstraßen in Rheine R und den im IV. Quadranten zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Ausbau der Stichstraße "Sonnenstraße"
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 124
(27. Änderung), Kennwort "Stadtberg-Fürstenstraße"**

**Offenlage der Ausbauplanung
Vorlage: 291/08**

IIA3590

Herr van Wanrooy fragt, warum das Stück unbefestigter Straße im Süden des Plangebietes sowie ein Stück der Sonnenstraße selbst nicht in die Ausbaupläne einbezogen worden sei.

Herr Schröder antwortet, dass dieser Ausbau in einem eigenen Programm geplant werde, heute sei nur der Ausbau des Stichweges nach der beschlossenen Prioritätenliste zu beschließen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der TBR / Neues Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 14. Ausbau der Straße "An den Kleingärten", 1. BA
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 287, Kennwort:
"Am Hilgenfeld- Ost"
Offenlage
Vorlage: 298/08**

IIB0165

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der TBR.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 15. Ausbau des östlichen Gehweges und daran angrenzenden Parkstreifen der Straße Am Hilgenfeld, im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 287, Kennwort: "Am Hilgenfeld-Ost"
Offenlage
Vorlage: 299/08**

IIB0189

Herr Löcken führt aus, dass die Anlieger sich für eine „Tempo-30-Zone“ in der Straße „Am Hilgenfeld“ aussprechen würden. Bei dieser Straße handele es sich nicht um eine Wohnsammelstraße im eigentlichen Sinne.

Herr Schröder erklärt, die Anmerkung werde von der Verwaltung aufgenommen und in die Abwägung einbezogen.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der TBR.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 16. Ausbau der Wieckstraße und Nadigstraße (von Haus-Nr. 21 bis 31)
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 298,
Kennwort: " Wohnpark Dutum - Teil B"**

**Offenlage der Ausbauplanung
Vorlage: 312/08**

IIB0511

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der TBR / Neues Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 17. Neuenkirchener Straße- Anlegung eines Radweges, Reduzie-**

rung der Fahrbahnbreite und Einrichtung von Aufstellbereichen

**Offenlage der Ausbauplanung
Vorlage: 305/08**

IIB0520

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der TBR/ Neues Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 18. Ausbau des Stichwegs am Karweg im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 289, Kennwort: "Wadelheim-Ost/Sassestraße - Teil 2"**

**Offenlage der Ausbauplanung
Vorlage: 304/08**

IIB0590

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den Ausbautentwurf für den Stichweg am Karweg zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine AöR im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 19. Erneuerung des Ausbaus der Breiten Straße zwischen der Zepelinstraße und der Straße Am Waldhof**

**Offenlage der Ausbauplanung
Vorlage: 314/08**

IIB0610

Beschluss:

Der Bau- und Betriebsausschuss nimmt den Ausbautentwurf der Breiten Straße zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage in den Diensträumen der Technischen Betriebe Rheine AöR im Neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20. Einziehung eines Teilstücks der Windthorststraße
- Einleitung des Verfahrens
Vorlage: 014/08**

IIB0640

Beschluss:

Die Stadt Rheine beabsichtigt, das Teilstück der Windthorststraße, Ecke Im Sundern, im anliegenden Lageplan näher dargestellt, Gemarkung Rheine Stadt, Flur 113, Flurstück 486 tlw., einzuziehen, weil eine Verkehrsbedeutung nicht mehr gegeben ist.

Das Einziehungsverfahren gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) wird eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21. **Berichtswesen 2008, Stichtag 31.05.2008**
Fachbereich 5 - Planen und Bauen
PG 52 -57
Vorlage: 293/08

IIB0670

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 5 – Planen und Bauen (Produktgruppen 52 – 57) mit dem Stand der Daten vom 31.05.08 **zur Kenntnis**.

22. **Berichtswesen 2008, Stichtag 31.05.2008**
Sonderprojekte "Bahnflächen"
Vorlage: 294/08

IIB0700

Auf Nachfrage durch Herrn Löcken erläutert Herr Schröder, für den Bereich Rheine-R werde, wie im Zwischenbericht der Projektleitung vermerkt, ein Geruchsgutachten erstellt, welches in den Umweltbericht einfließen werde.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für das Sonderprojekt „Bahnflächen“ mit dem Stand der Daten vom 31.05.08 **zur Kenntnis**.

23. **Berichtswesen 2008, Stichtag 31.05.2008**
Sonderprojekt "Kaserne Gellendorf"
Vorlage: 295/08

IIB0800

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für das Sonderprojekt „Kaserne Gellendorf“ mit dem Stand der Daten vom 31.05.08 **zur Kenntnis**.

24. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

25. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Herr Brauer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils: 19:10 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Martina Wietkamp
Schriftführerin